



Dokumentation

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den Ministerien und Bundesbehörden

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den Ministerien und Bundesbehörden

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 - 032/18
Abschluss der Arbeit: 29. August 2018
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Zusammenfassung des Sammelbands „Die Ämter und ihre Vergangenheit: Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949 – 1972“ von Stefan Kreuzberger und Dominik Geppert (2018)	4
2.1.	Fragestellungen und Themen	4
2.2.	Ergebnisse	6
3.	Anlagen	9
4.	Aktuelle Literatur	10

1. Einleitung

Die nachfolgende Zusammenstellung informiert überblicksartig über die Bemühungen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den Ministerien und Bundesbehörden seit Ende der 2000er-Jahre. Die Zusammenfassung des jüngst erschienenen Sammelbands „Die Ämter und ihre Vergangenheit: Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949 – 1972“ referiert die wesentlichen Fragestellungen, die zu deren Beantwortung angewandten Methoden sowie die wesentlichen Ergebnisse der einschlägigen Forschungsanstrengungen. In der 2015 erschienenen Publikation „Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung“ werden verschiedenen Projekte, die bis 2015 durchgeführt oder projektiert wurden, kurz vorgestellt und Perspektiven für das weitere Vorgehen entworfen. Die Pressemitteilungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung enthalten Hinweise auf neuere, seit 2015 erschienene einschlägige Forschungsprojekte. Das Literaturverzeichnis enthält wesentliche Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Ministerien und Bundesbehörden erschienen sind.

2. Zusammenfassung des Sammelbands „Die Ämter und ihre Vergangenheit: Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949 – 1972“ von Stefan Kreuzberger und Dominik Geppert (2018)

2.1. Fragestellungen und Themen

Seit der Einsetzung einer unabhängigen Historikerkommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Auswärtigen Dienstes durch den damaligen Bundesaußenminister Fischer im Jahre 2005 hat es eine Vielzahl von Forschungsanstrengungen gegeben, die Vorgängerinstitutionen der Bundesministerien und obersten Bundesbehörden während der NS-Zeit sowie die Auswirkungen der NS-Vergangenheit auf die Arbeit und personelle Zusammensetzung der Ministerien und Behörden nach 1945 zu untersuchen. Das im März 2016 veranstaltete 28. Rhöndorfer Gespräch nahm die inzwischen erfolgte Vorlage einer Reihe von teils sehr umfangreichen Zwischen- und Endberichten der für die Untersuchung der verschiedenen Behörden eingesetzten unabhängigen Historikerkommissionen zum Anlass, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Im Zentrum der Tagung stand die Frage nach den personellen und institutionellen Kontinuitäten und Brüchen in der Aufbauphase der beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Am Beispiel von vier zentralen Bereichen staatlichen Handelns (Justiz, Wirtschaft, Sicherheit und Inneres) befassten sich die Beiträge mit den Nachwirkungen der NS-Vergangenheit in Behörden und Ministerien des geteilten Deutschlands. Neben den personellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten gingen die Autoren dabei auch der Frage nach, in welcher Form die Erfahrung des Bruchs bzw. des Neuanfangs gedanklich verarbeitet und politisch umgesetzt wurde. Der vorliegende Sammelband umfasst die für die Drucklegung überarbeiteten Beiträge, die die Autoren auf dieser Tagung gehalten haben.

Die Debatte über Kontinuitäten und Diskontinuitäten nach 1945 zielt, wie die beiden Herausgeber in ihrer Einführung herausheben, nicht nur auf die geschichtswissenschaftliche Analyse, sondern auch auf die geschichtspolitische und moralische Bewertung und Einordnung der frühen Bundesrepublik. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob der von der Adenauer-Regierung praktizierte Rückgriff auf „altes Personal aus den Reichs- und Länderbürokratien der Weimarer Republik und des NS-Staates“ sowie die personalpolitische Skepsis gegenüber Remigranten für das Funktionieren und die Stabilität der jungen Bundesrepublik notwendig war oder vielmehr als ein moralisch belastender Makel des staatlichen Wiederaufbaus zu werten ist.

Während wir inzwischen relativ gut über die Spezifika des staatlich-administrativen Neuanfangs in der frühen Bundesrepublik Bescheid wissen, sind die personellen Kontinuitäten und Umbrüche beim Verwaltungsaufbau in SBZ und DDR nach Ansicht der Herausgeber weit weniger bekannt. Tatsächlich waren einige Herausforderungen, die es beim staatlichen Wiederaufbau zu meistern galt, in beiden Staatswesen vergleichbar: Sowohl in Ost- wie Westdeutschland galt es, einen Bruch mit der NS-Zeit zu vollziehen und die vom Krieg traumatisierte und weitgehend desorientierte Bevölkerung mit ihren noch stark von der NS-Ideologie geprägten Einstellungen und Werthaltungen an das jeweils neue Staatswesen heranzuführen. Auch der Mangel an qualifiziertem, unbelastetem Personal für den staatlichen Wiederaufbau, mögliche Gegenreaktionen gewaltbereiter Anhänger des NS-Systems und das Bemühen um die Schaffung von Handlungsspielräumen gegenüber den Besatzungsmächten waren Probleme, die die politischen Führungen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen beschäftigte. Auf der anderen Seite lassen sich die Auswirkungen der tiefgreifenden Unterschiede „zwischen der sozialistischen Parteidiktatur [...] in der DDR und der [...] freiheitlich-liberalen parlamentarischen Demokratie“ der Bundesrepublik auf den Aufbauprozess nicht übersehen. So sei die Personalplanung im Osten in starkem Maße Angelegenheit der SED-Führungsgremien gewesen, wohingegen diese im Westen maßgeblich vom „Grundsatz der Gewaltenteilung“ bestimmt wurde. Auch die in den beiden deutschen Staaten jeweils zur eigenen Legitimation vorherrschenden Formen der Vergangenheitsbewältigung differierten erheblich: So sei der öffentliche Diskurs der Bundesrepublik in der Adenauerzeit von einem Antitotalitarismus geprägt gewesen, der mit einer „Mischung aus still akzeptierten Antinazismus und einem lautstark, mitunter schrill artikulierten Antikommunismus“ an verbreitete Einstellungen vor 1945 anknüpfen konnte. Auf dieser Basis sei es nach Ansicht der Autoren möglich gewesen, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren und dennoch ehemalige Nationalsozialisten zu amnestieren und wieder-einzugliedern. Dagegen habe der vom SED-Regime verordnete Antifaschismus einen radikaleren Bruch mit der NS-Diktatur vollzogen und die auf Basis dieser ideologischen Umorientierung betriebene revolutionäre Umwälzung von Staat und Gesellschaft zu einer stärkeren sozialen Transformation beigetragen. Zudem habe die SED-Führung sich durch die einseitige Zuweisung der Schuld für die NS-Verbrechen an die ehemaligen NS-Führungsgruppen und durch den Hinweis auf deren teilweises Weiterwirken in den Führungspositionen der Bundesrepublik ideologischen Rückhalt zu verschaffen gesucht.

Angesichts vergleichbarer Strukturmerkmale und der partiell ähnlich gelagerten Herausforderungen, mit denen sich beide deutschen Staaten beim Wiederaufbau, insbesondere beim administrativen und personellen Neuanfang konfrontiert sahen, sowie aufgrund vielfältiger personeller Verflechtungen zwischen beiden Staatswesen plädieren die beiden Herausgeber nachdrücklich dafür, die Entstehungs- und Etablierungsphase als „Teil einer integrierten Geschichte des geteilten Deutschlands“ zu betrachten. Die weitgehende Vernachlässigung dieser deutsch-deutschen Perspektive bei der Erforschung der personellen und institutionellen Kontinuitäten und Brüche beim staatlichen Wiederaufbau nach 1945 nahmen die Initiatoren der dem vorliegenden Sammelband zugrundeliegenden Tagung daher zum Anlass, sich in einer vergleichenden Betrachtung mit den Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten zu befassen.

Mit der Auswahl der Bereiche Justiz, Wirtschaft, Sicherheit und Inneres sollte sichergestellt werden, dass die Felder in den Blick genommen wurden, die für die staatliche und sozioökonomische Ordnung von zentraler Bedeutung und für die Re-Etablierung der seit 1945 nicht mehr vorhandenen Staatlichkeit besonders wichtig waren. Bei der Untersuchung der genannten Bereiche ging es u.a. darum, die personellen Kontinuitäten in den verschiedenen staatlichen Institutionen unterteilt nach Hierarchieebenen, die verschiedenen Pools zur Personalgewinnung, die Motive

für die Übernahme oder Wiedereingliederung von „altem Personal“, das Sozialprofil, die Karriereewege, Verstrickungen in das NS-Regime und die Generationszugehörigkeit des eingestellten Personal sowie Ansätze einer zentralisierten Personalplanung offenzulegen. Darüber hinaus wurde auf der Tagung auch danach gefragt, welchen Einfluss die Erfahrungen in der NS-Zeit, tradierte Denkweisen und Behördenkulturen, individuelle Lernprozesse der Akteure oder die deutscher Teilung auf den Neuaufbau der staatlichen Institutionen gehabt hatten. Nicht zuletzt ging es den Teilnehmern der Tagung auch um eine Historisierung des Belastungsbegriffs, die nicht nur – wie die Autoren formulieren – die Unterscheidung zwischen „formaler“, auf bloßer Mitgliedschaft in NS-Organisationen beruhende Belastung und „materialer“ Belastung durch Beteiligung an NS-Unrechtstaaten hervorhebt, sondern auch darauf aufmerksam macht, dass Aktivitäten während der NS-Zeit in unterschiedlichen Kommunikationszusammenhängen und Kontexten sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich bewertet wurden.

2.2. Ergebnisse

Im Schlusskapitel des Tagungsbands fassen Kreuzberger und Geppert wesentliche Ergebnisse der Tagung zu den „personellen Kontinuitäten und Brüche[n]“ sowie den „institutionellen, aber auch kulturellen Beharrungskräfte[n] und Veränderungsprozesse[n]“ beim staatlichen Wiederaufbau noch einmal kurz zusammen. Zu den wichtigsten Erkenntnissen der Tagung gehören nach Ansicht der Autoren folgende Zusammenhänge:

Die Personalpolitik Adenauers, die durch den Rückgriff auf bewährte und häufig belastete Kräfte aus der NS-Zeit geprägt war, sei, so die Erkenntnisse der Adenauer-Forscherin Corinna Franz, die Folge des von Adenauer gepflegten rheinischen Pragmatismus. Obwohl sich Adenauer unmittelbar nach dem Krieg für eine rigide Ausgrenzung und Bestrafung der tragenden Kräfte des NS-Regimes ausgesprochen hatte, stellte er mit der Übernahme „staatspolitische[r] Verantwortung“ und unter dem Zwang, Mehrheiten für seine Politik zu gewinnen, seine „moralisch-emotional geprägten Bedenken“ zurück und ging zu einem von Pragmatismus und politischen Opportunitätserwägungen geprägten Haltung im Umgang mit NS-belasteten Personen über. Dies geschah auch in der klaren Erkenntnis, dass die Integration der mehrheitlich immer noch demokratieskeptisch eingestellten deutschen Bevölkerung in die neue parlamentarische-repräsentative Ordnung nur zu bewerkstelligen war, wenn die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit – zumindest für eine gewisse Zeit – zurück-gestellt würde. Dieser von Zeitumständen und Sachzwängen geprägte Pragmatismus Adenauers sei auch maßgebend bei seinen personalpolitischen Entscheidungen gewesen, galt ihm doch der Aufbau eines mit Fachkräften besetzten, professionell agierenden Staatsapparats als essentielle Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Bereits in den Aufbaujahren der Bundesrepublik und insbesondere seit Mitte der 1950er-Jahre wuchs die Zahl der Ministeriums- und Behördenmitarbeiter, die schon in der NS-Zeit im Staatsdienst waren oder NS-Organisationen angehört hatten, stetig an. Den Untersuchungen Manfred Görtemakers zufolge stieg z.B. der Anteil NS-belasteter Mitarbeiter im Bundesjustizministerium von rund 50 Prozent Anfang der 1950er-Jahre auf zeitweilig sogar über 70 Prozent. Besonders ausgeprägt fiel die NS-Belastung auf der Leitungsebene aus: vier von fünf in den 1950er-Jahren tätigen Abteilungsleiter des Bundesjustizministeriums waren bereits für das NS-Regime tätig. In den 1960er-Jahren ging dann der Anteil ehemaliger Angehöriger von NS-Organisationen kontinuierlich zurück. Die letzten Mitarbeiter mit NS-Belastung verließen erst Mitte der 1980er-Jahre das Justizministerium.

Allerdings darf die hohe Zahl von Wiedereinstellungen ehemaliger NS-Beamter, die in ähnlicher Weise auch in anderen Ministerien und obersten Bundesbehörden stattfand, nach Ansicht der Autoren des Sammelbands nicht als Beleg für eine „Renazifizierung“ der Bundesrepublik gewertet werden. Vielmehr legen die aktuellen Forschungen den Schluss nahe, dass die Wiedereinstellung der alten, oft belasteten Verwaltungsexperten nicht unwesentlich zur Arbeitsfähigkeit der neu errichteten staatlichen Institutionen und damit zum Funktionieren sowie zur Stabilisierung des neu-en Staatswesens insgesamt beigetragen hat. Ausschlaggebend für die in der Bundesrepublik praktizierte Form der Vergangenheitspolitik mit ihrer radikalen Abkehr von der NS-Ideologie bei gleichzeitiger sozialer Wiedereingliederung zahlreicher Angehöriger der NS-Führungsschichten waren zum einen die in der neuen bundesdeutschen Führung verbreitete Überzeugung, beim Wiederaufbau auf erfahrene Verwaltungsexperten angewiesen zu sein, sowie zum anderen der in der Wiederaufbauphase allenthalben vorherrschende große Personalbedarf. Auch wenn die alten Kader somit nach und nach in den neuen Behörden und Ämtern Fuß fassen konnten und erfolgreich allzu drastische Eingriffe in ihre einmal erworbenen Besitzstände abwehren konnten, war es diesen nicht zuletzt aufgrund der eingeschränkten Souveränitätsrechte der Bundesrepublik nicht möglich, einen dominierenden Einfluss auf Regierungsentscheidungen und Behördenhandeln auszuüben. Dies zeigen etwa die Forschungen zu den Sicherheitsdiensten, die nicht nur die umfangreichen Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten der westlichen Siegermächte auf die Geheimdienste nachweisen, sondern auch aufzeigen, wie sich westliche Geheimdienste die Kenntnisse und alten Verbindungen der ehemaligen NS-Sicherheitskräfte für ihre eigenen Zwecke zunutze machten.

Wie die jetzt vorgelegten Forschungsberichte zeigen, gab es – anders als von der SED-Führung in Abgrenzung zur Bundesrepublik propagiert – in der Ministerialverwaltung der DDR eine größere personelle Kontinuität zur NS-Zeit, als bislang bekannt war. So waren Mitte der fünfziger Jahre weniger als vier Prozent der ZK-Mitarbeiter ehemalige Sozialdemokraten, wohingegen zur selben Zeit der Anteil früherer NSDAP-Mitglieder in dieser Gruppe bei fast zehn Prozent lag. Besonders häufig waren NSDAP-Mitglieder unterhalb der Leitungsebene und „in politisch weniger sensiblen, eher technischen Bereichen“ des DDR-Staatsapparats vertreten. Dagegen waren die Bereiche, die – wie die für die Polizei zuständigen Abteilungen im DDR-Innenministerium oder die Staatsicherheit – für die Machtsicherung des SED-Regimes besonders wichtig waren, personalpolitisch von einem radikalen Umbruch gekennzeichnet und für ehemalige Beamte des NS-Regimes weitgehend verschlossen. In diesem Zusammenhang ist jedoch festzuhalten, dass der Aufbau des Staatsapparats in Ostdeutschland in personeller, institutioneller und politisch-kultureller insgesamt wesentlich stärker auf den radikalen Bruch mit der NS-Vergangenheit abzielte als im Westen. Wie Hermann Wentker in seinen Ausführungen zum DDR-Justizministerium darlegt, hat die nach 1945 durchgeführte strikte „Entnazifizierung“ von gesetzlichen Bestimmungen und des Justizpersonals dazu beigetragen, dass ehemalige Angehörige von NS-Organisationen entfernt bzw. nicht angestellt wurden. Dies hatte zur Folge, dass der Mangel an zuverlässigem und qualifiziertem Personal immer größer wurde, zumal mit Erstarken des SED-Regimes auch die bis dahin tolerierten minder-schwer belasteten Mitarbeiter aus dem Dienst entfernt wurden. Trotz der hieraus resultierenden Funktionsbeeinträchtigungen führte dies nicht zu einer verstärkten Rückgriff auf Fachkräfte aus der NS-Zeit. Stattdessen wurden selbst wichtige Leitungsposten mit ideologisch gefestigten, aber häufig fachlich nicht versierten „SED-Genossen“ besetzt, da es der SED-Führung in erster Linie darum gegangen sei, ein Ministerium mit überzeugten kommunistischen Justizkadern aufzubauen, das Gewähr bot, sich den Vorgaben der Staats- und Parteiführung willfährig unterzuordnen.

Die neueren Forschungen zu personellen und mentalen Kontinuitäten nach 1945 konnten auch aufdecken, dass nicht nur die NS-Vergangenheit, sondern auch die Behördenkulturen und -traditionen aus Zeit vor 1933 den institutionellen Wiederaufbau beeinflusst haben. Bernhard Löffler konstatierte z.B. für das Bundeswirtschaftsministerium eine durch ein offen-diskursives Binnenklima, flachere Hierarchien und kommunikatives Miteinander gekennzeichnete „liberale Gegenkontinuität“ aus dem Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Zeit. Auch die in ihrer Anfangszeit vom ehemaligen Weimarer Minister Eugen Schiffer im liberalen Sinne beeinflusste ostdeutsche Justizverwaltung habe bis zum Beginn der forcierten Stalinisierung 1947/48 Züge dieser liberalen Gegenkontinuität aufgewiesen. Daneben wird auch die Entwicklung der DDR-Planwirtschaft von der jüngeren Forschung als Antwort auf die wirtschaftlichen Krisenerfahrungen der maßgeblichen DDR-Funktionäre in der Weimarer Republik interpretiert.

Obwohl ehemalige NS-Beamte kaum Möglichkeiten besaßen, „ihre alten Überzeugungen wirkungsvoll und dauerhaft in der praktischen Arbeit umzusetzen“, belegen die Autoren des Sammelbands anhand zahlreicher Beispiele, wie die Vorstellungen der für den staatlichen Neuaufbau verantwortlichen Akteure und die politisch-administrative Alltagsarbeit von Verwaltungstraditionen und -konzepten der NS-Zeit, aber auch der Weimarer Republik und des Kaiserreichs beeinflusst worden sind. Dies ließ sich u.a. beim Bundeskriminalamt beobachten, das bei der Bekämpfung des RAF-Terrorismus der 1970er-Jahre oder im Umgang mit Sinti und Roma auf Konzepte und Handlungsmuster zurückgriff, die in der NS-Zeit, teilweise auch schon vorher entwickelt worden waren. Wie Constantin Goschler nachweisen konnte, bediente sich das Bundesamt für Verfassungsschutz bei seiner Abwehrarbeit gegen kommunistische Bedrohungen in großem Umfang der Expertise seiner im Dritten Reich ausgebildeten Mitarbeiter. Dabei scheint ein von der Behörde gepflegter „liberaler Antikommunismus“ eine wichtige Integrations- und Brückenfunktion für die ehemaligen NS-Beamten eingenommen zu haben. An Überwachungsmaßnahmen im Inland scheinen NS-Belastete dagegen kaum beteiligt gewesen zu sein. Die von Frank Bösch und Andreas Wirsching vorgetragenen Zwischenergebnisse über Kontinuitätslinien in den beiden deutschen Innenministerien enthalten ebenfalls Hinweise auf Versuche NS-belasteter Beamter, die Verwaltungspraxis des Bundesinnenministeriums z.B. im Umgang mit jüdischen Holocaust-Überlebenden aus Osteuropa gemäß ihren Vorstellungen zu beeinflussen. Allerdings konnten sie angesichts öffentlicher Kritik und hierdurch angestoßener behördeninterner Lernprozesse ihre Vorstellungen nur selten in die Praxis umsetzen. Dass auch in der DDR auf Verwaltungspraktiken des NS-Regimes zurückgegriffen wurde, zeigt Dierk Hoffmann am Beispiel der zentralen Wirtschaftsverwaltung, die u.a. auf Methoden und Handlungsstrategien zurückgriff, die in der NS-Zeit entwickelt worden waren, und belastete Experten an gehobener Stelle einsetzte. Der auch für das DDR-Innenministerium nachgewiesene Rückgriff auf ganze Netzwerke nationalsozialistisch belasteter Fachkräfte belege Bösch und Wirsching zufolge, dass nicht nur die Bundesrepublik alte personalpolitische Netzwerke aus der NS-Zeit reaktiviert hat. Offensichtlich konnten auch in der DDR ehemalige Fachkräfte des NS-Regimes mit „unpolitischem Expertenwissen“ unbeschadet des Grads ihrer Belastung auf hervorgehobene, wenn auch politisch weniger sensible Positionen gelangen, sofern sie sich politisch loyal verhielten.

Schließlich wird aus den Beiträgen auch deutlich, dass die personellen, institutionellen und politisch-kulturellen Entwicklungen in der Wiederaufbauphase nur dann adäquat erfasst werden können, wenn auch die Auswirkungen der deutsch-deutschen Interaktionen auf diese Entwicklungslinien berücksichtigt werden. Wie die Untersuchungen zeigen, hat es sowohl seitens der DDR-Führung wie auch von bundesdeutschen Stellen wiederholt Bemühungen gegeben, Angehörige des Führungspersonals und der höheren Beamtschaft des jeweils anderen Staats wegen

tatsächlicher oder vermeintlicher NS-Belastung zu diskreditieren. Auch wenn die von DDR-Seite erhobenen Vorwürfe in der Bundesrepublik zunächst gelassen zur Kenntnis genommen wurden, hat Manfred Görtemaker für das Bundesjustizministerium dennoch eine Reihe personalpolitischer Folgewirkungen derartiger Kampagnen nachweisen können: U.a. wurden beschuldigte Beamten in einigen Landesjustizverwaltungen zur Stellungnahme aufgefordert. Auch die 1958 erfolgte Einrichtung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg sowie die seit Mitte der 1960er-Jahre praktizierte Überprüfung aller Bewerber für den höheren Dienst auf eine mögliche NS-Belastung beim Berlin Document Center sind Görtemaker zufolge letztlich auch als Reaktion auf die diversen DDR-Enthüllungskampagnen zu werten. Auch die Rücktritte mehrerer leitender Beamter und des Bundesvertriebenenministers Oberländer sowie nicht zuletzt die verstärkte Fokussierung des öffentlichen Diskurses in der Bundesrepublik auf die NS-Vergangenheit stehen in engem Zusammenhang mit den Enthüllungen aus der DDR. Dagegen zeitigte die als bundesdeutsche Gegenreaktionen durchgeführte Offenlegung von NS-Belastungen ranghoher DDR-Funktionäre angesichts der massiven staatlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der DDR kaum Wirkung.

Insgesamt liefert der Tagungsband einen guten Überblick über die bislang vorgelegten Forschungsarbeiten zu Kontinuitäten und Brüchen beim staatlichen Wiederaufbau in den beiden deutschen Staaten. Auch wenn viele der hier vorgelegten Fakten und Zusammenhänge in groben Bezügen bereits durch frühere Forschungsbemühungen bekannt waren, ist den beiden Herausgebern zuzustimmen, dass die vorgestellten Ergebnisse das historische Wissen über diese Zeit schärfer konturieren und präzisieren sowie neue Perspektiven und Fragestellungen für die weitere Forschung über Kontinuitäten und Brüche nach 1945 aufzeigen. Zum zuletzt genannten Punkt regen die Herausgeber an, zukünftig 1) die Erforschung der personellen und mentalen Kontinuitäten auch auf die Zeit vor 1933 und nach 1963 auszudehnen, 2) dem gesamtdeutschen Kontext mehr Beachtung zu schenken, 3) stärker die zeit- und kontextabhängige Bewertung von Umfang und Formen der NS-Belastung und deren Konsequenzen für das Handeln der betroffenen Akteure in den Blick zu nehmen sowie 4) die zentrale Rolle Bundeskanzler Adenauers bei der Formierung von Regierungsinstitutionen und deren Personal weiter empirisch zu untermauern.

3. Anlagen

- [Die zentralen Deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung“ von Frank Bösch, Martin Sabrow und Andreas Wirsching \(2016\).](#)
[abgerufen am 29. August 2018]
- [Der Nationalsozialismus und die Geschichte des BKA - Spurensuche in eigener Sache](#)
[abgerufen am 29. August 2018]
- [Kulturstaatsministerin Grütters fördert fünf Projekte zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus](#) [abgerufen am 29. August 2018]
- [Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zentraler Behörden - Start der Forschungsprojekte](#)
[abgerufen am 29. August 2018]
- [Neue Bildungsakzente in der Gedenkstättenarbeit – Kulturstaatsministerin Grütters fördert Projekte zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des SED-Unrechts](#)
[abgerufen am 29. August 2018]

- [Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte beider deutscher Innenministerien](#) [abgerufen am 29. August 2018]
- [Zusammenfassung des Buches „Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus“](#) [abgerufen am 29. August 2018]
- [Historikerkommission stellt Bericht zur Geschichte des Reichsarbeitsministeriums](#) vor [abgerufen am 29. August 2018]
- [Wissenschaftler stellen Ergebnis des Forschungsprojektes zur Geschichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor](#) [abgerufen am 29. August 2018]

4. Aktuelle Literatur

1. Signatur: noch nicht im Magazin

Creuzberger, Stefan, Geppert, Dominik: Die Ämter und ihre Vergangenheit: Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949 – 1972. In: Rhöndorfer Gespräche, Paderborn: Schöningh Paderborn, 2018, 300 Seiten

2. Signatur: M 5107807

Banken, Ralf Hitlers Steuerstaat: die Steuerpolitik im Dritten Reich. Erarbeitet im Rahmen des Forschungsprojektes "Geschichte des Reichsfinanzministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus". In: Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Band 2. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2018, 668 Seiten

3. Signatur: M 5106074

Nützenadel, Alexander Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus: Verwaltung - Politik - Verbrechen / hrsg. von Alexander Nützenadel. [Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums]. In: Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus, Göttingen: Wallstein, 2017, 592 Seiten

4. Signatur: M 5107236

Kilian Jürgen Krieg auf Kosten anderer: das Reichsministerium der Finanzen und die wirtschaftliche Mobilisierung Europas für Hitlers Krieg. In: Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus; Band 3. München: De Gruyter Oldenbourg, 2017, 494 Seiten

5. Signatur: R 8007 | 2017

Mentel, Christian Die NS-Vergangenheit deutscher Behörden / Christian Mentel; Niels Weise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. - 67 (2017), 14/15 vom 03.04.2017, Seite 16 - 21
Auch als Volltext über KSL verfügbar

6. Signatur: R 50258 | 51-52.2015-16

Maas, Heiko Die "Akte Rosenberg": der Umgang des Bundesjustizministeriums mit der NS-Zeit in den 1950er und 60er Jahren und die politischen Konsequenzen für die Gegenwart / Heiko Maas. In: Recht und Politik: Zeitschrift für deutsche und europäische Rechtspolitik. - 52 (2016), 4, Seite 193 - 196

Auch im Internet unter der Adresse <http://dx.doi.org/10.3790/rup.52.4.193> verfügbar

7. Signatur: R 70882 | 69.2016.2

Lamprecht, Rolf Die Braunhemden auf der Rosenburg: wie die Nachkriegsjustiz unbemerkt von alten Nazis dirigiert wurde / Rolf Lamprecht. In: Neue juristische Wochenschrift: NJW. - 69 (2016), 42, Seite 3082 - 3086

Auch als Volltext über KSL verfügbar

8. Signatur: M 5102022

Maulucci, Thomas W. German diplomats and the myth of the two foreign offices / Thomas W. Maulucci. In: A Nazi past: recasting German identity in postwar Europe / ed. by David A. Messenger - Lexington, Ky.: Univ. Press of Kentucky. - (2015), Seite 139 - 167

9. Signatur: R 5081 | 63.2015

Brechtken, Magnus Mehr als Historikergeplänkel: die Debatte um "Das Amt und die Vergangenheit" / Magnus Brechtken. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. - 63 (2015), 1, Seite 59 - 91

Auch im Internet unter der Adresse <http://dx.doi.org/10.1515/vfzg-2015-0003> verfügbar

10. Signatur: R 50362 | 45.2014; R 50363 | 45.2014

Peitz, Detlef Gerhard Herrgesell: SS-Richter und Parlamentsstenograf: zugleich ein Beitrag zu den Anfängen der Verwaltung des Deutschen Bundestages / Detlef Peitz. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen: ZParl. - 45 (2014), 1, Seite 141 - 157

Auch im Internet unter der Adresse <http://dx.doi.org/10.5771/0340-1758-2014-1-141> verfügbar

11. Signatur: R 51233 | 7.2014

Hechelhammer, Bodo Das Geschichtsprojekt des BND: Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlichen Erforschung eines geheimen Nachrichtendienstes / Bodo Hechelhammer. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik: ZFAS. - 7 (2014), 3, Seite 289 - 300

Auch im Internet unter der Adresse <http://dx.doi.org/10.1007/s12399-014-0409-9> verfügbar

12. Signatur: R 8007 | 62.2012.2

Mentel, Christian Die Debatte um "Das Amt und die Vergangenheit" / Christian Mentel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. - 62 (2012), 32/34 vom 06.08.2012, Seite 38 - 46

Auch als Volltext über KSL verfügbar

13. Signatur: R 5146 | 60.2012.2

Schnepfen, Heinz Der Fall des Generalkonsuls a. D. Franz Nüßlein: eine Rekonstruktion / Heinz Schnepfen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft: ZfG. - 60 (2012), 12, Seite 1007 - 1037

13. Signatur: R 51189 | 9.2012

Baumann, Imanuel (Um-)Wege in den Rechtsstaat: das Bundeskriminalamt und die NS-Vergangenheit seiner Gründungsgeneration / Imanuel Baumann; Andrej Stephan; Patrick Wagner. In: Zeithistorische Forschungen. - 9 (2012), 1, Seite 33 - 53

14. Signatur: P 5135149

Frei, Norbert Excavating layers of the past: on the history of the German Foreign Ministry since 1933 / Norbert Frei. In: Konstellationen: über Geschichte, Erfahrung und Erkenntnis; Festschrift für Dan Diner zum 65. Geburtstag / hrsg. von Nicolas Berg - Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. - (2011), Seite 283 - 295

-
15. Signatur: M 595130;
Schatten der Vergangenheit: das BKA und seine Gründergeneration in der frühen Bundesrepublik / Imanuel Baumann ... [hrsg. vom Bundeskriminalamt, Kriminalistisches
16. Signatur: R 51233 | 4.2011
Bredow, Wilfried von Zeitgeschichte als performativer Eingriff: aktuelle Probleme des kollektiven deutschen Erinnerungsmanagement / Wilfried von Bredow. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik: ZFAS. - 4 (2011), 3, Seite 503 - 516
Auch im Internet unter der Adresse <http://dx.doi.org/10.1007/s12399-011-0198-3>
17. Signatur: R 60386 | 37.2010
Stuby, Gerhard Ein Amt wird entzaubert: der Bericht "Das Amt und die Vergangenheit" der Historikerkommission / Gerhard Stuby. In: Sozialismus.de: monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare: täglich im Netz. - 37 (2010), 12 = 348, Seite 56 - 61
18. Signatur: P 5137136
Ohe, Axel von der Das Gesellschaftsbild des Bundesgerichtshofs: die Rechtsprechung des BGH und die frühe Bundesrepublik / Axel von der Ohe. - Frankfurt am Main [u.a.]: Lang, 2010. - 426 Seiten. (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 1071) Zugl.: Diss., Univ., Hannover, 2007.
19. Signatur: R 74956 | 2010.1
Hombach, Marion Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums eingesetzt / Marion Hombach. In: Monatsbericht des BMF. - (2010), 6, Seite 59 - 65
20. Signatur: R 5718 | 55.2010.2; R 50388 | 55.2010.2
Frei, Norbert Warum es um die "Mumien" einsam wird: das Ende der Legende vom "anständig" gebliebenen Auswärtigen Amt / Norbert Frei; Annette Weinke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik: Monatszeitschrift. - 55 (2010), 12, Seite 75 - 83
21. Signatur: R 6046 | 63.2009
Ziercke, Jörg Das Bundeskriminalamt diskutiert seine Geschichte / Jörg Ziercke. In: Kriminalistik: unabhängige Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis. - 63 (2009), 10, Seite 531 - 534
22. Signatur: M 586603
Das Bundeskriminalamt stellt sich seiner Geschichte: Dokumentation einer Kolloquienreihe / Bundeskriminalamt (Hg.). [Redaktion: Sonja Kock]. - Köln: Luchterhand, 2008. - X, 280 Seiten: Ill., (Polizei + Forschung; Sonderbd)
23. Signatur: R 50220 | 46.2007
Maegerle, Anton Die braune Vergangenheit des BKA: das Bundeskriminalamt arbeitet seine Geschichte auf / Anton Maegerle. In: Tribüne: Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. - 46 (2007), 184, Seite 107 - 118
24. Signatur: P 5108794
Löffler, Ulrich Instrumentalisierte Vergangenheit?: die nationalsozialistische Vergangenheit als Argumentationsfigur in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts / Ulrich Löffler. -

Frankfurt am Main [u.a.]: Lang, 2004. - 287 Seiten. (Rechtshistorische Reihe; 292) Zugl.: Diss., Humboldt-Univ., Berlin, 2003